

A n t r a g

der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Gute Arbeit von Morgen in Rheinland-Pfalz sichern: Die Transformation der Arbeitswelt für Beschäftigte und Unternehmen sozial gerecht gestalten

I. Der Landtag stellt fest:

Wir befinden uns in einem Jahrzehnt der Transformation: Der dynamisch fortschreitende digitale Wandel, die notwendige Umstellung auf klimaneutrales Wirtschaften sowie demographische Entwicklungen verändern die Arbeitswelt umfassend. Dabei bieten die mit Digitalisierung und Dekarbonisierung einhergehenden Transformationsprozesse vielfältige Chancen und stellen zugleich hohe Anforderungen an Beschäftigte und Unternehmen.

Auch künftig gilt es, einen passenden Rahmen für gute Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung, sichere Arbeitsplätze und solide soziale Absicherung sicherzustellen. Den Wandel gestalten bedeutet deshalb: Es muss sichergestellt werden, dass sowohl die mit der Digitalisierung einhergehenden Belastungen als auch die Früchte dieses Fortschritts gerecht verteilt werden. Es bedeutet weiter, dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten wissen, dass sie Schritt halten können.

Die weitreichenden Veränderungen für Arbeit und Beschäftigung gilt es im Sinne nachhaltiger Wertschöpfung und guter Arbeit sozial gerecht, nachhaltig und zukunftssicher zu gestalten. Dazu gehört, die Beschäftigten an der Gestaltung der Transformationsprozesse zu beteiligen. In diesem Strukturwandel kann Rheinland-Pfalz auf eine starke Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgeberinnen, Arbeitgebern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufbauen.

Viele Akteure in der überdurchschnittlich mittelständisch und von industrieller Produktion geprägten Unternehmenslandschaft in Rheinland-Pfalz haben sich bereits auf den Weg gemacht, Produktionsprozesse, Wertschöpfungs- und Lieferketten sowie Tätigkeitsfelder den veränderten Anforderungen anzupassen. Damit die ökologische Transformation für alle zum Gewinn wird, gilt es insbesondere kleine und mittlere Unternehmen dabei zu unterstützen, die vielfältigen Chancen zur Sicherung von Wertschöpfung und Beschäftigung zu nutzen.

Dabei steht außer Frage: Gut ausgebildete und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bleiben für Unternehmen weiterhin der Schlüssel zu nachhaltiger Wertschöpfung und wirtschaftlichem Erfolg. Sie sichern die Innovationsfähigkeit der Unternehmen und sorgen für Stabilität und Sicherheit am Arbeitsmarkt. Damit Beschäftigte auch in der Arbeitswelt von morgen noch über die passenden Fähigkeiten und Kompetenzen verfügen, kommen Weiterbildung und Qualifizierung sowie lebenslangem Lernen eine entscheidende Rolle zu. Mit der Nationalen Weiterbildungsstrategie und dem Qualifizierungschancengesetz wurden hierfür wichtige Grundlagen auf Bundesebene geschaffen.

Die fortschreitende Digitalisierung der Arbeitswelt kann dazu beitragen, Arbeit sicherer, einfacher und flexibler zu machen. Um das enorme wirtschaftliche Potenzial für Unternehmen mit guten Arbeitsbedingungen für Beschäftigte zu verbinden, braucht es vorrangig im Rahmen der Sozialpartnerschaft und der Tarifautonomie verbindliche Standards für neue Formen von Arbeit, faire Löhne sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Betriebliche Mitbestimmung und wirksamen

Arbeitsschutz gilt es daher kontinuierlich weiterzuentwickeln und an neue Erwerbsformen anzupassen. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sind dabei wichtige Partnerinnen und Partner, um den Strukturwandel im Sinne der Beschäftigten gestalten und begleiten zu können.

II. Der Landtag begrüßt,

- die Initiativen und Maßnahmen des Transformationsrats der Landesregierung zur Gestaltung und Begleitung des Strukturwandels;
- die konstruktive Zusammenarbeit der Partner des Ovalen Tisches für Ausbildung und Fachkräftesicherung der Landesregierung;
- die Fortsetzung der Fachkräftestrategie des Landes mit einem Schwerpunkt auf Weiterbildung;
- die Arbeitsmarktinitiative RechargeRLP zur Unterstützung von Fachkräften in der Transformation durch Unterstützung und Beratung beim beruflichen Neustart, Förderung der beruflichen Weiterbildung und Unterstützung von Jugendlichen beim Übergang in Ausbildung und Arbeit;
- die Einrichtung einer „Transformationsagentur“ durch die Landesregierung, die Beschäftigte und Unternehmen in Rheinland-Pfalz durch konkrete Informations-, Dialog- und Unterstützungsangebote im Transformationsprozess begleitet;
- die Planung einer Innovationsagentur durch die Landesregierung, mit der rheinland-pfälzische Unternehmen bei der Entfaltung ihrer Innovationskraft unterstützt werden;
- die Weiterentwicklung der Energieagentur RLP zur Energie- und Klimaagentur RLP, um Kommunen und Unternehmen bei der Umgestaltung ihrer Energieversorgung sowie bei der Entwicklung nachhaltiger Geschäftsmodelle landesweit zu unterstützen;
- die Ausarbeitung einer umfassenden Landeswasserstoffstrategie, um im schnellen technologischen Wandel konkurrenzfähig zu bleiben;
- die gestärkte Vernetzung der Weiterbildung;
- das vielfältige und flächendeckende Weiterbildungsangebot der „WB 7“, der sieben anerkannten Landesorganisationen der Weiterbildung;
- die Pläne der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Nationalen Weiterbildungsstrategie, insbesondere die Ausweitung des Aufstiegs-BAföG und die Einführung eines Lebenschancen-BAföG, die Ermöglichung von arbeitsmarktbezogenen Bildungszeiten, die Einführung eines Weiterbildungsgelds für Menschen in Arbeitslosigkeit sowie eines an das Kurzarbeitergeld angelehnten Qualifizierungsgelds für Beschäftigte von Unternehmen im Strukturwandel;
- die Pläne der Bundesregierung zum Klimaschutz, insbesondere die EEG-Reform, die weitere Erschließung von Flächen an Land für die Windenergie und die Beschleunigung des Ausbaus der Solarenergie, die Einführung von Klimaschutzverträgen mit der Industrie zur konsequenten Begleitung der Transformation, eine neue Wärmestrategie und eine zügige Überarbeitung des Gebäudeenergiegesetzes;
- die Pläne der neuen Bundesregierung, künftige Digitalpakete auf den Bereich der Erwachsenenbildung auszuweiten.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Landes vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung und der angestrebten CO₂-neutralen Wertschöpfung zukunftsorientiert weiterzuentwickeln;
- Beschäftigte und Unternehmen dabei zu unterstützen, den digitalen Wandel selbstbestimmt zu bewältigen und die Arbeitswelt durch den Einsatz und die Nutzung digitaler und klimaneutraler Lösungen einfacher, sicherer, nachhaltiger und flexibler zu gestalten;
- dem Landtag regelmäßig über die Arbeit und die Fortschritte der „Transformationsagentur“ zu berichten;

- Digitalkompetenz als Schlüsselkompetenz in der neuen Arbeitswelt entlang der gesamten Bildungs- und Erwerbsbiografie weiter zu fördern und auszubauen, sich für die schnelle Umsetzung eines neuen Digitalpaktes für die Weiterbildung einzusetzen und die digitale Grundbildung weiter zu stärken;
- Beschäftigte und Unternehmen durch Weiterbildung und Qualifizierung weiterhin dabei zu unterstützen, Wertschöpfung und Beschäftigung in Rheinland-Pfalz zu erhalten und dabei insbesondere kleine und mittlere Unternehmen in den Blick zu nehmen;
- die Angebote zur Weiterbildung und Qualifizierung von arbeitssuchenden Menschen fortzuführen und den sozialen Arbeitsmarkt auszubauen;
- weiterhin einen Fokus auf die Gewinnung von Fachkräften zu legen und die Zusammenarbeit der Partner des Ovalen Tisches der Ministerpräsidentin fortzuführen und zu intensivieren; weiterhin Projekte und Initiativen zu fördern, die junge Menschen beim Übergang von der Ausbildung in die Arbeitswelt begleiten und unterstützen;
- die Kommunen und Unternehmen im Land weiter bei der Bewältigung und Gestaltung des digitalen Wandels und der Dekarbonisierung durch den Ausbau erneuerbarer Energien und der zukünftigen Landeswasserstoffstrategie zu unterstützen und somit auch die regionale Wertschöpfung zu stärken;
- die gute Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern im Land fortzuführen;
- sich im Bund für eine zeitgemäße Weiterentwicklung der betrieblichen Mitbestimmung, für die Stärkung der Tarifbindung und faire Löhne zur Fachkräftesicherung, einen wirksamen Beschäftigtendatenschutz sowie weiterhin hohe und verlässliche Standards beim Arbeits- und Gesundheitsschutz einzusetzen.

Für die Fraktion
der SPD:
Martin Haller

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer

Für die Fraktion
der FDP:
Marco Weber